

**Bibliothek
des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel**

Signatur

A 9779

Arbeitsämter.

I.

Ein sozialpolitischer Essay

von

Dr. Oscar Priester

nach einem Vortrag gehalten in der
Volkswirtschaftlichen Sektion des Freien Deutschen Hochstifts
zu Frankfurt a. M.

10/812



15941



Frankfurt a. M. 1898.

Druck und Verlag von Gebrüder Anauer.

Arbeitsämter.

I.

Ein sozialpolitischer Essay

von

Dr. Oscar Priester

nach einem Vortrag gehalten in der
Volkswirtschaftlichen Sektion des Freien Deutschen Hochsitzes
zu Frankfurt a. M.



Frankfurt a. M. 1898.

Druck und Verlag von Gebrüder Anauer.



Zu den unabwiesbaren sozialpolitischen Aufgaben ebenso einer fähigen Regierung wie einer einsichtsvollen parlamentarischen Volksvertretung gehört die Sorge für eine umfassende, klare Feststellung aller auf die materielle und die soziale Lage der Arbeiterbevölkerung bezüglichen und zu deren richtiger Beurteilung wesentlichen Verhältnisse. Bevor das Problem einer staatlich organisierten Vertretung der Arbeiterklasse, die dieser dieselben Waffen und Organe gewährt, deren sich die andern Gesellschaftsklassen längst erfreuen, seiner Lösung teilhaftig wird, gilt es die brennende Frage zu beantworten: Wie organisiert man am besten die Erforschung der Volksbedürfnisse?

Ein gemeinsames, stets wachsendes Interesse an der Sozialstatistik verbindet Wissenschaft und Gesellschaft. Die Wissenschaft vermag nur an der Hand einer zuverlässigen Beobachtung zu einer unparteiischen Einsicht in das Walten jener Mächte zu gelangen, welche auf das Auf und Nieder der Gesellschaftswogen bestimmend wirken; in ihren bedächtig gewonnenen Ergebnissen liegt das Heute wie das Morgen eingebettet, und je genauer detailliert das Wirtschaftsleben vor der Wissenschaft Auge liegt, desto bestimmter vermag sie der Zukunft die Wege zu weisen. Dringender noch bedürfen Staat und Gesellschaft umfassender Kenntnis der Faktoren, deren Nähr- und Wehrkraft ihrer Integrität Grundlage bilden, Staats-, Gesellschafts- und Selbsthilfe lassen sich erst an der Hand des hier gefundenen Materials in ihrer praktischen Verwendbarkeit bestimmen, ebenso die Fragen beantworten, ob die neuesten Phasen unserer industriellen Entwicklung und die mit ihr Hand in Hand gehende, immer weitere Entfesselung der wirtschaftlichen und der unwirtschaftlichen Kräfte in der That der großen Mehrheit und nicht, wie wohl geklagt wird, einer begünstigten kleinen Minderheit

zu gute gekommen sind; wie ferner die soziale Gesetzgebung die Nachteile der kapitalistischen Wirtschaftsordnung für die Arbeiter zu mildern und zu beseitigen habe. Andererseits muß die Arbeitsstatistik aber auch die für die Verbesserung der Arbeiterlage getroffenen Maßnahmen und Einrichtungen der Selbst- und Gesellschaftshilfe, die Wirkungen der Arbeiterschutzgesetzgebung und der sonstigen Maßregeln der öffentlichen Gewalt umfassen, und sie muß endlich auch auf die geschäftliche Lage der Unternehmungen sich richten, um das Urteil zu ermöglichen, wo die Grenze des Utilitarismus und der staatlichen Intervention liegt und wie weit Maßregeln im Interesse der Arbeiter gehen dürfen, deren Durchführungen die Produktionskosten der Unternehmer erhöhen, ihre Konkurrenzfähigkeit gefährden oder die berechtigten Ansprüche auf eine genügende Rentabilität ihrer Unternehmungen in Frage stellen.

So lange das Prinzip herrschend war, daß die wirtschaftlichen Kräfte in freiem Spiele die Disharmonieen ausgleichen können und sollen, die sie erzeugen, war bei den maßgebenden Kreisen kein Bedürfnis nach einer solchen Sozialstatistik. Mochten die Arbeiter auch fühlen, wo sie der manchesterliche Schuh drückte, und sie sich bemühen, dies in ihren Klagen und Beschwerden durch Anführung von meist mißverstandenen Thatsachen darzulegen und, da sie sich nicht selbst zu helfen wußten, vom Staate vorläufig die Untersuchung ihrer Lage verlangen, so waren es doch nur wenige einsichtsvolle Gelehrte, die ihrer Aufforderung Folge leisteten. Für die Staatsmänner lag kein Grund hierzu vor: wenn die Wirtschaft die durch sie geschlagenen Wunden automatisch wieder heilen könne, welches Bedürfnis war für die Staatsgewalt, die sich ja nicht einzumischen hatte, vorhanden, dem verwickelten Prozesse der Krankheit und der Heilung zu folgen? Ob sie sich kümmerte oder nicht, der Effekt blieb derselbe.

In dieser Anschauung des Marasmus trat ein bedeutender Umschwung ein, seit der alte Satz Gournays dem Comtes gewichen ist; heute heißt es nicht mehr: laissez faire, laissez aller sondern savoir pour prévoir afin de pourvoir. Folgt daher aus dieser Bedeutung der Arbeitsstatistik die Pflicht des Staates, für

sie zu sorgen, so kommt als weiterer zwingender Grund noch hinzu, daß sie allein durch den Staat möglich ist. Private können sie nicht schaffen, denn außer erheblichen Geldmitteln erfordert sie für die Personen, welche die Ermittlungen zu machen haben, eine Verfügungsgewalt über die Organe der inneren Verwaltung, das Recht des freien Eintritts in alle Arbeits- und Wohnräume, unter Umständen auch das Recht der eidlichen Zeugenvernehmung. Die allerdings nicht unwichtige Aufgabe der Privaten kann es nur sein, die amtlichen Erhebungen zu unterstützen, zu ergänzen, zu kontrollieren und eventuell zu berichtigen. In dieser Richtung können mit Erfolg namentlich die gewerblichen Korporationen und Vereine wirken. Die für die soziale Reform erforderlichen Ermittlungen müssen teils einmalige, allgemeine Enqueten über bestimmte Zustände und Verhältnisse, welche ganze Industriezweige oder Arbeiterverhältnisse des ganzen Landes betreffen, teils fortlaufende Feststellungen einzelner lokaler Verhältnisse und ihrer Veränderungen, also spezifische Aufgaben des Arbeitsamtes sein. Unter diesem verstehen wir ein staatliches Organ halb büreaukratischen, halb parlamentarischen selbständigen Charakters zum Hauptzweck fortlaufender Sozialstatistik; unter Enquete begreifen wir ein von einem staatlich dazu autorisierten Faktor angeordnetes Erhebungsverfahren, dessen unmittelbare Aufgabe die Ermittlung ökonomischer und sozialer Thatfachen und ursächlicher Zusammenhänge ist, dessen mittelbare Aufgabe in der Vorbereitung gesetzgeberischer und administrativer Maßnahmen besteht und in welchem schließlich als Hauptmittel zur Erfüllung jener Aufgabe und zur Förderung dieses Zweckes neben Lokal- und Personalinspektion die Anhörung von Zeugen und Sachverständigen verwendet werden soll.

Zu einer Zeit, in welcher die deutsche Reichsregierung zur Schaffung einer Arbeitsstatistik vorgeschritten ist, scheint es angemessen zu sein, die Entwicklung und Organisation jener Einrichtungen zu erörtern, welche in nichtdeutschen Ländern, zum Teil seit Jahrzehnten, mit den geschilderten Aufgaben betraut sind und

im Anschluß daran Versuch und Erfolg unseres Vaterlandes zu resümieren. Bei allen Erscheinungen aber, die im Laufe dieses sozialpolitischen Spaziergangs das geistige Auge Revue passieren läßt, sei der Wahrheit nicht vergessen, daß Licht und Schatten unzertrennlich sind, und daß nirgends mehr als in der Politik Franklins Wort gilt: „Die Zeit bestätigt nichts, was ohne sie gemacht wird.“

I.

Man kann den Beginn der amerikanischen Agitation für eine Arbeiterschutzesetzgebung ins Jahr 1845, ihre Geburtsstätte nach Massachusetts setzen. In diesem Jahre und an dieser Stelle wurden dem gesetzgebenden Körper Petitionen überreicht, welche einen 11stündigen Normalarbeitstag befürworteten. 1850 wurde die Sache neuerdings angeregt und gelangte zur Beratung: erst 1865 jedoch führten die so oft wiederholten Anstrengungen in dem gesetzgebenden Körper von Massachusetts zu dem Beschluß vom 8. März, welcher den richterlichen Ausschuß mit der Erwägung der Mittel beauftragte, den Arbeitstag gesetzlich zu regulieren und auf eine bestimmte Stundenzahl einzuschränken. Dieser Beschluß wurde einer speziellen Kommission überwiesen, und ihr Obmann Edward H. Rogers referierte über die gefaßte Resolution, wonach die Ernennung einer unbesoldeten, aus 5 Mitgliedern bestehenden Kommission gefordert wurde, um die Frage der Arbeitszeit zu untersuchen. Auf dem in demselben Jahre zu Baltimore tagenden Arbeiterkongreß wurde ebenfalls die Forderung der Organisation einer Arbeiterstatistik gestellt und ihr in Massachusetts am frühesten entsprochen; infolge der drohenden Haltung der Arbeiterbevölkerung reasümierte der Senat den bezüglichlichen Gesetzesentwurf am 14. Juni 1869. Es folgten Ohio und Illinois, sowie andere östliche Industriestaaten, während die industriearmen, oft aber mineralreichen Weststaaten langsam folgten. Fast $\frac{1}{3}$ der 21 Staatenbüreaux entstand durch die in den Jahren 1886 und 1887 besonders starke Arbeiterbewegung, nachdem alle Arbeiterparteien diese Forderungen in ihr Programm aufgenommen hatten. Die Büreaux führen verschiedene Namen, die nachstehende Tabelle giebt die bestehenden mit ihrem Namen, Sitz und Gründungsjahr an:

Tabelle der Arbeiterbüreaus in Nord=Amerika.

Büreau für Arbeitsstatistik	Massachusetts, Boston . . .	1869
" "	Industriestatistik Pennsylvanien, Harrisbury . . .	1872
" "	Arbeitsstatistik Connecticut, Hartford . . .	1873
" "	" Ohio, Columbus . . .	1877
" "	Arb.= und Industriest. New=Jersey, Trenton . . .	1878
" "	Arb. und Inspektion Missouri, Jefferson . . .	1879
" "	Arbeitsstatistik Illinois, Springfield . . .	1879
" "	Statistik und Geologie Indiana, Indianapolis . . .	1879
" "	Arbeitsstatistik New-York, Albany . . .	1883
" "	" Californien, S. Francisco . . .	1883
" "	Arb.= und Industriest. Michigan, Lansing . . .	1883
" "	Arbeitsstatistik Wisconsin, Madison . . .	1883
Büreau für Arbeitsstatistik	Iowa, Des Moines . . .	1884
" "	" Maryland, Baltimore . . .	1884
" "	Statistik der Arbeit Kansas, Topeka . . .	1885
" "	Arbeitsstatistik Maine, Augusta . . .	1887
" "	Ind. u. Arbeitsstatistik Minnesota, St. Paul . . .	1887
" "	Arbeitsstatistik North Carolina, Raleigh . . .	1887
" "	" Colorado, Denver . . .	1887
" "	" Rhode Island, Providence . . .	1887
" "	" Nebraska, Lincoln . . .	1887
" "	Arb.= u. Industriest. U. St. A., Washington . . .	1884

Mit diesen Ämtern für Arbeitsstatistik, welche mit glücklichem Griff aus dem vollen Leben herausgeschaffen wurden und mit dem praktischen Bedürfnis in engster Fühlung stehen, ist die nordamerikanische Sozialstatistik für die europäische vorbildlich geworden. Charakteristisch sind diese Ämter, welche unleugbar, wenigstens was ihre Arbeitsleistung anbetrifft, noch nicht fest konsolidiert sind, durch die gesetzlichen Grundlagen, auf denen sie basieren, die in diesen gewährten strengen Straffanktionen, die Verquickung mit dem Arbeitsinspektorat ev. dem Friedensrichter=amte, die losen Methoden, welche sie anwenden.

Die Einrichtung der Büreaus ist ziemlich gleichförmig: an der Spitze eines jeden steht der vom Gouverneur oder mit dessen Zustimmung vom Sekretär für innere Angelegenheiten für 2—4

Jahre ernannte Chef oder Kommissär; die ersten, in Massachusetts, waren General H. K. Oliver und Oberst Carroll D. Wright (beiläufig bemerkt sei die Vielseitigkeit dieses sehr fähigen Chefs: Schullehrer, Offizier, Fabrikdirektor, Bürgermeister, Finanzminister, Fabrikinspektor), den Chefs sind nach Bedarf 3—5 Hilfsbeamte unterstellt. Nur das Bureau von Illinois unterscheidet sich in seiner Organisation wesentlich von den übrigen und hat einige Ähnlichkeit mit den unten zu erwähnenden Arbeitskammern der deutschen Sozialdemokraten von 1885: es besteht aus 5 für 2 Jahre gewählten Kommissären, von welchen 3 Arbeitnehmer, 2 Arbeitgeber sein müssen. Diese wählen einen Sekretär, welcher als Angestellter der Kommission die statistischen Arbeiten zu vollziehen und jährlich einen Bericht zu erstatten hat. Die Aufgaben sind überall wesentlich die gleichen; das Gesetz vom 22. Juni 1869 betr. das Bureau in Massachusetts bestimmt sie dahin: die Aufgaben dieses Büreaus sollen in der Sammlung, Zusammenstellung, wissenschaftlichen Ordnung und Vorlage von jährlichen an oder vor dem 1. März an die Legislatur einzureichenden statistischen Berichten bestehen, die auf alle Arbeitszweige im Staate und insbesondere auf kommerzielle, industrielle, soziale, erziehlische und gesundheitliche Lage der arbeitenden Klassen und auf ein dauerndes Gedeihen im Staat Bezug haben. Diese Bestimmung wiederholt sich mit einzelnen Modifikationen in den Bestimmungen der andern Staaten. Daneben haben andere Büreaus die Funktion der Industriestatistik, so in Pennsylvanien. Das Bureau soll ferner die Produktionsstatistik für Acker- und Bergbau, Handel und Gewerbe und andere geschäftliche Interessen des Staates sammeln und jährlich veröffentlichen, andere auch die der Fabrikinspektion. Das Bureau von Iowa soll sogar jederzeit auf Anfragen Auskunft über die industriellen Verhältnisse des Staates erteilen, das von Illinois die Bergwerksinspektoren ernennen und zugleich deren Gericht bilden. Die sonderbarste Vereinigung vollständig heterogener Aufgaben zeigt jedoch das Departement of statistics and Geology in Indiana: die Pflichten dieses Amtes bestehen darin, statistische Information über Ackerbau, Gewerbe, Bergbau, Handel, Bildung, Arbeit, soziale und gesundheitliche Verhältnisse, Bevöl-

ferungsstatistik, Heiraten und Todesfälle und das dauernde Gedeihen der Industrie des Staates zu sammeln, zu systematisieren, in Tabellen zu bringen und in jährlichen Berichten zu überreichen. Sein Chef mußte Geologe von Fach sein, seine Arbeiten waren auch darnach, die ersten Berichte behandelten alles Mögliche, nur keine Arbeiterverhältnisse. 1882 wurde übrigens diese unhaltbare Verbindung aufgehoben. Die Dotation der Bureaus ist sehr verschieden, von 15 000 Dollars pro Jahr — Massachusetts — bis 500 — Ohio; nicht weniger insolge dessen die Fähigkeit der Beamten. Bei den mit geringen Mitteln ausgestatteten Bureaus kann nicht einmal die leitende Stelle, geschweige denn die der Unterbeamten mit tüchtigen Fachmännern besetzt werden, an denen in Amerika, wo der Statistik noch vor kurzer Zeit an keiner Universität eine Lehrkanzel eingeräumt war, überhaupt Mangel ist (jetzt, nebenbei bemerkt, wird Statistik vorgetragen, an der John Hopkin's Universität in Baltimore, am Institut für Technologie in Massachusetts und am Columbia College).

Alle diese Umstände thun selbstverständlich der Ausführung einer guten Arbeitsstatistik Eintrag: diese allein fordert die ungeteilte Aufmerksamkeit eines eigenen Beamtenkörpers, dessen Glieder sich ganz dem Studium der besonders komplizierten Arbeitsverhältnisse hingeben müssen. Eine Industriestatistik wäre bei entsprechender Anzahl und Tüchtigkeit der Hilfskräfte gerade noch durchzuführen: absolut zu verwerfen ist jedoch die Übertragung der Gewerbeinspektion an das arbeitsstatistische Amt und zwar nicht nur wegen dessen Überbürdung, sondern auch deshalb, weil das zur Durchführung einer Arbeitsstatistik unbedingt erforderliche Vertrauen durch die Verbindung der statistischen Funktionen mit denen des Inspektors empfindlich leiden muß. Je nach dem Verhalten des Bureaus werden Arbeitgeber oder -nehmer fürchten, dem Fabrikinspektionsamte, wenn es als arbeitsstatistisches Amt auftritt, rückhaltlos wahre Angaben über die sie betreffenden Verhältnisse zu machen. Auch kann das Fabrikinspektionsamt leicht in Konflikt mit einer der beiden Parteien kommen, von welchen es für die Erlangung von Aufschlüssen abhängig ist, wobei die Thätigkeit des arbeitsstatistischen Amtes leicht dadurch geschä-

digst wird, daß es in seiner anderen Gestalt die für seine statistischen Funktionen notwendige Objektivität verloren hat. Das arbeitsstatistische Amt andererseits mag bei seinen Massebeobachtungen auf Erscheinungen gestoßen sein, die sich nur bei der großen Zahl offenbaren, im einzelnen Falle fehlen können. Eine unmittelbare Anwendung der aus der Masse der Beobachtungen gezogenen Schlüsse auf konkrete Einzelfälle in der Praxis kann zu den größten Unzukömmlichkeiten führen. Aus diesen beispielsweise angeführten Gründen, die sich leicht noch vermehren ließen, erhellt, daß die Übertragung zweier einander beeinträchtigender Aufgaben an das arbeitsstatistische Bureau entschieden zu verwerfen ist. Wenn es seine Aufgabe ernst nimmt, so hat es mit der Arbeits-, ev. noch Industriestatistik vollauf zu thun. Seine Aufgabe ist zu beobachten und zu berichten, die Wirksamkeit bestehender Gesetze zu konstatieren, nicht sie zu erzwingen: was darüber ist, ist vom Übel und rächt sich bitter. Es muß schon fraglich erscheinen, ob es bei aller Ehrlichkeit in der Berichterstattung dem Vertrauen in diese nicht schaden kann, daß die Bureaus gesetzgeberische Vorschläge machen, wie einigen aufgetragen wurde, von anderen ohne Aufforderung geschehen ist. Der Statistiker soll nicht Anwalt sein, er kann nicht wissenschaftlich arbeiten, wenn er mit Zweckbestimmung arbeitet. Bei darauf bezüglichen Vorschlägen müßte das arbeitsstatistische Bureau Stellung nehmen, und das soll es eben vermeiden. Dem Fabrikinspektorat ist ohnehin von Anfang an seine Stellung angewiesen: es ist zum Schutze der Arbeitnehmer gegen Gesetzesübertretungen der Arbeitgeber da und kann daher, ev. gestützt auf die vom arbeitsstatistischen Bureau gelieferten Daten, für die Verbesserung der Lage der arbeitnehmenden Klassen eintreten: daß die Unternehmer dabei nicht zu kurz kommen, dafür werden schon die gesetzgebenden Körperschaften, in denen sie und ihre Freunde ja stets die Majorität haben, durch arbeitsstatistische, sich auf Massenbeobachtung gründende Daten, die durch Detailbetrachtung gewonnenen Angaben des Fabrikinspektorats forrigierend, sorgen.

Die Methode liegt sehr im Argen: Methoden, welche von der Theorie längst als für die Zwecke der Arbeitsstatistik unzu-

reichend erkannt wurden, werden von einem Teil der amerikanischen Bureaus angewendet. Nach 3 Methoden kann die Untersuchung der Arbeiterverhältnisse gepflogen werden, deren Verhältnis zu einander und deren steigenden Wert das folgende Schema angiebt:

- | | | |
|---|---|-----------------------------|
| 1) Untersuchung mit Fragebogen (Zirkularplan), | } | schriftliches
Verfahren. |
| 2) Enquete | | |
| a) in engerem Sinn | } | mündliches
Verfahren. |
| b) Durch eine Kommission. | | |
| 3) Untersuchung durch Spezialagenten
(Personalinpektionsplan). | | |

Sämtliche Bureaus versuchten zunächst ihr Glück mit dem Zirkularplan, erkannten jedoch bald, daß sie durch diesen nie zu ausreichenden Resultaten gelangen könnten, weshalb auch die Vorstandsversammlung vom Jahre 1884 sich einstimmig gegen ihn erklärte. Gleich schlechte Resultate wurden mit der schriftlichen Enquete erzielt; die mündliche trat nur wenig in Verwendung. Die besten, meisten, gründlichsten und genauesten Ergebnisse lieferte die 3. Methode, die Untersuchung durch Spezialagenten. Freilich erfordert sie ein tüchtig geschultes, großes Korps von solchen Agenten und bedeutende Geldmittel, was beides wieder bei den wenigsten Bureaus vorhanden ist. Massachusetts allerdings arbeitete bei seiner Zensusaufnahme mit 70 Hilfsbeamten. Um den ihnen gestellten Aufgaben gerecht zu werden, müssen die Bureaus mit Vollmachten ausgerüstet sein, die sich aus ihrem Wesen von selbst ergeben. Erwähnt seien folgende. In Pennsylvanien bestimmte das Gesetz ausdrücklich, daß, um die Aufgabe des Bureaus zu erleichtern, alle Korporationen, Gesellschaften oder Individuen, welche an Bergwerken, Fabriken oder anderen gewerblichen Unternehmungen beschäftigt sind, ferner alle vom Staat beschäftigten Lohnarbeiter verpflichtet sind, die vom Bureau geforderte Auskunft bei Strafe von 100 Dollars zu erteilen. In Michigan verpflichtet das Gesetz die Assessoren der Grafschaften, dem Vorstand des Bureaus jede gewünschte Auskunft in Bezug auf die Arbeiterverhältnisse ihrer Bezirke zu erteilen, und giebt den Bureaubeamten die Befugnis, in allen Arbeitsstätten Untersuchungen vorzunehmen, alle Dokumente und Papiere einzusehen und Zeugen=

ungleicher Zeit von den einzelnen Bureaus gewonnenen Zahlen zu klein sind, um zu irgendwelchen Schlüssen zu berechnen. Das Fehlen jeglichen Zusammenhangs erschien auch den Chefs der arbeitsstatistischen Bureaus nachteilig, zumal da die andere Hälfte der nordamerikanischen Unionsstaaten sich überhaupt dieser Errungenschaft noch nicht erfreut, und veranlaßte sie, sich jährlich einmal zu gemeinsamer Beratung zu vereinigen — immerhin ein ernstes und anerkenntniswertes Streben nach einer Verbesserung der Arbeitsstatistik. Staaten mit stärkerer administrativer Organisation als die United States können die Zentralisation durch die Staatsgewalt selbst bewirken. Auch Amerika hoffte in Gestalt eines dem Departement für innere Angelegenheiten untergeordneten bundesstaatlichen Bureaus diese Idee zu verwirklichen, und nach vielen gezeigten Versuchen kam das Gesetz vom 25. Juni 1884 zustande, 10 Jahre nach dem ersten darauf bezüglichen Antrag, ein Nationalbureau für Arbeitsstatistik zu errichten. Carroll D. Wright, der bewährte Chef des Bureaus von Massachusetts, wurde zu seinem Komissar ernannt, Mr. Owen W. Weaver ihm als Oberbeamter beigegeben. Der erste Report vom 17. März 1886 giebt eine höchst eingehende Untersuchung der herrschenden industriellen Krisis in 5 Kapiteln, zugleich deren internationale Seiten behandelnd. Diese Publikation, das Resultat der Originaluntersuchungen von 20 Spezialagenten, auszusagen zu erzwingen: jede wesentlich falsche Aussage wird als Felonie betrachtet und mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft (Gesetz vom 6. Juni 1883). Ähnliche Bestimmungen wurden in Kalifornien erlassen, während die bis 1882 gegründeten Bureaus in der Regel nicht das Recht zum Auskunftszwang hatten.

Was aber gesetzlich nicht eingeschränkt ist, das ist das statistische Chaos, das als Folge der gegenseitigen Isoliertheit die Reports der einzelnen Bureaus ausfüllt. Kaum daß zwei gleichzeitig dasselbe Thema behandeln; jeder Bureauchef kann Untersuchungen über jeden beliebigen Gegenstand anstellen, ohne sich um die Arbeiten der übrigen zu kümmern. Wenn sich daher in der Masse der Reports Daten über sämtliche Arbeiterverhältnisse finden, so entbehren sie der zur wissenschaftlichen Vergleichung nötigen Gleichzeitigkeit oder doch nur geringen Zeitdifferenz, während die zu

5 im Ausland, 15 in Amerika, ist das bedeutendste über diesen Gegenstand je Geschriebene und bietet eine nicht zu unterschätzende Vermehrung unserer volkswirtschaftlichen Kenntnisse. Der zweite, am 28. Februar 1887 publizierte Bericht handelt von der Straß- hausarbeit, der dritte, vom 24. Dezember 1887, bringt ausführliche Nachrichten über 3902 in den Jahren 1881—86 stattgehabte Strikes und Lockouts, der vierte Report, Ende 1889 veröffentlicht, befaßt sich in meisterhafter Bearbeitung mit der Lage der Arbeiterinnen in den großen Städten. Die hierzu erforderlichen Untersuchungen wurden meistens von weiblichen Agenten vollzogen, die, wie Wright lobend erwähnt, hinter ihren männlichen Kollegen nicht zurückstanden. Weitere Themata des Bureaus sind die Untersuchung der Arbeiter- verhältnisse beim Eisenbahnwesen, über die Vertriebskosten großer Stapelprodukte, Eheschließungen und -scheidungen in Amerika während der letzten 20 Jahre (für diesen Report sind 10 000 Dollars ausgeworfen). Die erfolgreiche Thätigkeit des Bundesbureaus wurde noch belohnt durch die Erweiterung seiner Befugnisse, wie sie das Gesetz vom 13. Juni 1888 festsetzt. Das bis dahin einem Ressort untergeordnete Bureau wurde zu einem selbstständigen Arbeitsdepartement erhoben, auf welches sämtliche Funktionen, Rechte und Pflichten des Bureaus übergehen und welches dessen Arbeit fortzusetzen hat. Nicht nur arbeitsstatistische, sondern allgemein wirtschaftsstatistische Untersuchungen sind dem Departement übertragen: dies muß uns wundern, wenn wir bedenken, daß jedes Ressort über die seiner Verwaltung unterworfenen Angelegenheiten statistische Berichte erstatten muß. Die Lösung dürfte, wie auch während der Debatten betont wurde, darin liegen, daß eine gründliche Arbeits- statistik nur unter Berücksichtigung aller übrigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse möglich ist und deshalb dem Arbeitsdepartement die Untersuchung dieser, aber nur sofern sie mit den Arbeiterverhält- nissen in Beziehung stehen, übertragen ist. Ihre Beschreibung soll der Schilderung der sozialen Verhältnisse gleichsam als Folie dienen. Die Arbeitskräfte des früheren Bureaus wurden, den erhöhten Anforderungen entsprechend, numerisch und pekuniär erhöht. 1889 zählte das Departement 64 Personen mit 84 540 Dollar Gehalt, die Dotierung für die Arbeitsausführungen stieg von 25 000 Dollar

(1884) auf 150040 (1889). Mängel bleiben jedoch nach wie vor das Fehlen jeglicher Vollmachten des Departements, sowie der legalen Autorität des bundesstaatlichen Bureaus über die einzelstaatlichen. Bis auch diesem Manko abgeholfen ist, können die einzelnen Bureaus lokal, das Departement für den ganzen Staat Vorzügliches leisten, ihre Arbeiten können sich zufällig fördern oder durchkreuzen, verbinden oder verwirren — wirklich vollendet wird die Organisation der Arbeitsstatistik in den Vereinigten Staaten erst sein, wenn ein großes, bundesstaatliches, mit den weitgehendsten Vollmachten und den größten sachlichen wie persönlichen Mitteln ausgestattetes Departement alle einzelstaatlichen Bureaus ohne das Hemmnis einander beeinträchtigender Aufgaben in sich aufgenommen hat, und diese die Observationsstellen des Departements bilden.

Weiter sind veröffentlicht:

1. 1886 März, Industrial depressions.
2. „ Convict labor.
3. 1887. Strikes and lockouts.
4. 1888. Working women in large cities.
5. 1889. Railroad labor.
6. 1890. Cost of production: iron, steel, coal etc.
7. 1891. Cost of the textiles and glass Bd. I.
8. 1891. „ „ Bd. II. of living.
9. 1892. Industrial education.
10. 1893. Building and loan associations.
11. 1894. Strikes and lockouts analysis of general tables.
12. 1894. „ „ Fortf.
13. 1895. II. Summaries of strikes and lockouts.
14. 1895. The housing of the working people.
15. 95/96. Work and wages of men, women and children.
daneben:
16. Februar 1889 Marriage and divorce in the Unit. St.
1867/86.
17. 1892. Labor laws in the Un. St.
18. 1895. Compulsory insurance in Germany.
19. 1894 The slums of Baltimore, Chicago, Newyork and
Philadelphia.

20. 1894. Analysis and index of all reports issued by
bureaus of labor statistics in the Un. St.

II.

England, das durch eine frühzeitige Entwicklung der modernen Produktionsweise und der ihr folgenden Übelstände für die Arbeiter, bei einer aufstrebenden, fest organisierten Arbeiterklasse und bei weiterem, für das politisch Notwendige geschultertem Blicke seiner Staatsmänner, allen andern Staaten in der Sozialstatistik und in der sozialen Gesetzgebung vorangegangen ist, ist auch zuerst unter den europäischen Staaten dem amerikanischen Beispiel gefolgt. Teils durch eine große Zahl umfangreicher und vortrefflicher Enqueten, teils durch die Vermittlungen der Fabrikinspektoren, hat England als der einzige der europäischen Staaten eine umfangreiche Arbeitsstatistik aufzuweisen. In England besteht seit Anfang des Jahrhunderts die sehr vernünftige Praxis, vor Erlass jedes sozialreformatorischen Gesetzes die bezüglichlichen Verhältnisse durch eine mit allen Vollmachten ausgerüstete parlamentarische Kommission gründlich studieren zu lassen; ihre Berichte zeigen den Ernst und die Unparteilichkeit, mit welchen diese ihrer Aufgabe nachsamen und rücksichtslos die Wahrheit aufdeckten. In diesen Berichten ist wohl ein großartiges Material zur Beurteilung der englischen Arbeiterverhältnisse angesammelt, aber leider auch vergraben. Es erstreckt sich über einen Zeitraum von $\frac{3}{4}$ Jahrhunderten, vom Jahre 1816, in welchem der erste Bericht des zur Untersuchung der Kinderarbeit in den Fabriken eingesetzten Komitees erschien, bis zum Jahre 1889, in dem die Berichte über das Sweating-System publiziert wurden, und umfaßt die verschiedensten Materien. Abgesehen von den älteren Enqueten, 1816, 1831, 1832, sind berühmt die von 1840 und 1862 (children employment commission), sowie 1867, welche die Grundlage der neueren englischen Fabrikgesetzgebung bilden. Diesen mit Recht hochgefeierten englischen Enqueten ist abgesehen von den umfassenden Zeugenvernehmungen eigentümlich: 1. der Mangel umfassender statistischer Aufgaben, der sie z. B. zwingt, bezüglich der Zahl der einzelnen Gewerbe und der in ihnen beschäftigten Arbeiter

regelmäßig auf Schätzungen zurückzugehen, die sich an die zehnjährigen Volkszählungen anschließen; 2. überhaupt der Mangel planmäßiger, das ganze Staatsgebiet gleichmäßig umfassender Aufnahmen und endlich 3. die ganz besondere Vertrauensstellung, die bei ihnen wenige Privatpersonen zugewiesen erhalten. Den commissioners, oft nur 2 oder 3 an der Zahl, wird der Zweck der Aufnahme gewöhnlich nur im allgemeinen in kurzen Worten kundgegeben und ihnen alles Übrige überlassen. Sie wählen sich selbst ihre Organe, die von der Krone zu bestätigenden assistants commissioners, geben diesen ihre Instruktionen, fertigen die Fragechemata und Zirkulare aus und bestimmen überhaupt selbständig die Einrichtung der Enquete. Aus diesen Berichten das Bild sämtlicher Arbeitsverhältnisse einer bestimmten Zeit zu konstruieren oder die Entwicklung eines Verhältnisses durch einige Zeit in einigen vergleichbaren Daten darzustellen, erscheint unmöglich. Jede einzelne Untersuchung wurde durch den Notischrei über den jeweilig am meisten empfundenen Übelstand hervorgerufen und suchte nur diesen aufzudecken, seine nächstliegenden Ursachen zu einer bestimmten Zeit zu erforschen. Andere Quellen, welche diesen Fehler nicht aufweisen, sind die Berichte der Fabrikinspektoren; diese stimmen zeitlich überein, während für die Erforschung der gleichen Verhältnisse dadurch gesorgt ist, daß der Chief-Inspektor einige Themata bezeichnet, deren gründliche Behandlung er in den folgenden Berichten wünscht. Diese selbst können jedoch nur als ein Surrogat einer Arbeitsstatistik betrachtet werden, höchstens als Resultate einer ständigen sozialen Enquete: sie bieten nur selten und unregelmäßig Zahlenangaben und Franken außerdem an den bereits bei Nordamerika gerügten Fehlern, die durch Verquickung zweier unvereinbarer Aufgaben entstehen; ein arbeitsstatistisches Amt konnten sie nicht ersetzen. Die besonders in England zu Tage tretende Notwendigkeit einer regelmäßigen, fortlaufenden Beobachtung aller Arbeitsverhältnisse, die im Volke wie im Parlament ihren Ausdruck fand und von der Regierung anerkannt ward, führte endlich zur Gründung eines speziellen Amtes für Arbeitsstatistik als Abteilung des Handelsministeriums. Nachdem George Howell, der verdiente Sekretär des parlamentarischen Ko-

mittees über Trade-Unions, und der bekannte Eisenbahnunternehmer und Arbeitsstatistiker Sir Thomas Brassey schriftlich und mündlich, letzterer bei Gelegenheit eines Meetings, für die Notwendigkeit einer Arbeitsstatistik eingetreten waren, wurde auf Antrag Mr. Bradlaugh's in der Unterhausitzung vom 2. März 1886 ein board of trade errichtet, unter der Oberaufsicht von Sir Robert Giffen, dem Vorstand der statistischen Abteilung. Im Memorandum über die zur Ausführung des Beschlusses über Arbeitsstatistik getroffenen Maßnahmen hieß es über den Zweck:

1) Die in den Parlaments-papers während der letzten 50 oder 60 Jahre publizierten Daten über Arbeitsstatistik zu sammeln und zu sichten, in Verbindung mit einigen hervorragenden und authentischen, nicht offiziellen Angaben, die von Zeit zu Zeit publiziert wurden oder leicht zu verschaffen sind, um ein einigermaßen vollständiges Bild des gesellschaftlichen Fortschrittes in Bezug auf die lohnempfangenden Klassen während dieser Periode zu bieten.

2. Diese Statistik durch eine ähnliche über das Ausland zu ergänzen, welche zeitweilig in den Berichten der Kgl. Legations-Sekretäre und Konsuln publiziert wurde, oder welche das Handelsamt aus etwa in seinem Besitze befindlichen offiziellen Publikationen fremder Regierungen kompilieren kann, unter teilweiser Zuhilfenahme nicht-offizieller, aber authentischer Daten.

3. Ähnliche Angaben über Erparnisse und die allgemeine Lage derselben Klasse, über Lebensmittelpreise und andere Materien, welche die Volksmasse besonders betreffen, zu sammeln und zu sichten.

4. Sofort Maßnahmen zu treffen, um in Zukunft zeitweilig vollständigere Berichte über Löhne, Arbeitszeit, Nachfrage nach Arbeitskraft und das Zahlenverhältnis der Beschäftigten in den einzelnen Lohnklassen als bisher zu erhalten und diese Berichte regelmäßig zu sammeln und zu publizieren.

5. Statistische Daten über Preise, Produktion, Lebensmittelpreise und andere Materien zusammenzustellen und sie in jährlichen Berichten oder statistischen Werken zu publizieren.

Auch hier machte sich das Fehlen der Zwangsgewalt, bezüglich der Einforderung statistischer Daten, unangenehm fühlbar, ein

Mangel, dem man durch Anstellung des Sekretärs des Gewerksvereins der vereinigten Maschinenbauer, John Burnett, nicht ohne Erfolg abzuhelpfen suchte. Auch wurde in England der in Amerika oft begangene Fehler vermieden, dem arbeitsstatistischen Amt andere, seine Hauptaufgabe beeinträchtigende Themata zuzuteilen; dies konnte um so leichter geschehen, als für diese meist schon besondere Unter bestanden. Indem im Dezember 1888 dem Unterhaus erstatteten Memorandum wurden folgende Publikationen angeführt:

1. Memorandum über die Einwanderung von Ausländern in dem vereinigten Königreich.
2. I. Bericht über die Trade-Unions.
3. Die in den Jahren 1830—80 publizierten Lohnlisten.
4. Bericht über die Bewegung zu gunsten einer kurzen Arbeitszeit im Wollgewerbe von Lancashire.
5. Bericht über das Sweating-System im Ostende von London.
6. Löhne und Ausgaben der belgischen Arbeiter.
7. Bericht über das Sweating-System in Leeds.
8. II. Bericht über die Trade-Unions.
9. Bericht über die Lage der Nagelschmiede und Kleinfettenerzeuger.
10. Bericht über Strikes und Lockouts im Jahre 1888.
11. III. Bericht über die Trade-Unions.

Hervorzuheben ist dabei, daß die offen eingestandene Sympathie Burnetts für die Gewerksvereine in keiner Weise die Objektivität dieser größtenteils tabellariischen Darstellung beeinträchtigt, diese selbst aber ein bisher in seiner Vollständigkeit unerreichtes Bild der vorsorglichen Thätigkeit dieser Vereine gewährt, aber auch ein aufklärendes Licht auf die Lage der englischen Arbeiter überhaupt wirft. Kompliziert war das Verfahren beim Report 10 durch Sammeln von Zeitungsnotizen u., konstatiert wurden für 1888 509 Strikes und Lockouts, nämlich

Baugewerbe	21
Bekleidungs-gewerbe	7
Metall-gewerbe	137
(Schiffbau)	62)

Bergbau	139
(Kohlenarbeiter)	137)
Textilbranche	184
(Baumwollarbeiter)	155)
übrige Gewerbe	21
davon England	392
Wales	22
Schottland	94
Irland	1

Zu Vorbereitung ist ein Blaubuch über die Resultate der größten vom Amt unternommenen Arbeit, des Lohnzensus. Zu diesem Zwecke sind Fragebogen für 172 Gewerbe ausgearbeitet, eine enorme Arbeit. Neben diesen großen Publikationen veröffentlicht das Departement in der von Giffen redigierten Zeitschrift des Handelsamtes (Journal of board of trade) oft größere Notizen, meist über ausländische Arbeiterverhältnisse, die es offiziellen Publikationen auswärtiger Staaten entnimmt, und läßt fast allmonatlich einen aus den Mitteilungen verschiedener Trade-Unions gezogenen kurzen Bericht über den Markt für gelernte Arbeit erscheinen.

Wenn wir bei Betrachtung des Geleisteten anerkennen müssen, daß es im Verhältnis zum Beamtenstatus und zur Zeit des Bestandes viel ist, was das board of trade geleistet hat, so ist andererseits zu bemerken, daß die Zwecke eines arbeitsstatistischen Amtes für das große englische Königreich dadurch doch nicht erreicht werden können. Es kann den mit der Untersuchung der Zustände betrauten parlamentarischen Kommissionen nur behilflich sein, nicht aber sie ersetzen oder übertreffen, wie es dies durch eine gründliche umfassende Untersuchung sämtlicher Arbeitsverhältnisse sollte, welche es in den Stand setzen würde, unsere Kenntnis hiervon auf statistische Basis zu stellen, und dem Gesetzgeber in allen einschlägigen Fragen statistisches Material in die Hand geben würde. Um dies zu bewirken, wäre eine bessere Ausrüstung nach allen Seiten hin nötig, Vergrößerung des Personals, Entlastung und Unterstützung des so sehr in Anspruch genommenen Arbeitskorrespondenten, endlich Ausrüstung mit den weitestgehenden Vollmachten, um ihrer Eigenschaft als ständige, große Untersuchungskommission

nachzukommen. Der englische Typus kennt eben den Gedanken der Einheit der Verwaltungsstatistik gar nicht; deren Aufgaben werden dort, wo sie gerade in größerem Maßstabe auftreten, durch von einander ganz unabhängige offices oder boards ausgeführt, die überdies auch mit dem Ressort, in welches sie eingegliedert sind, in einem losen Zusammenhang stehen. Im Vordergrund steht hier das einzelne statistische Problem, welches für sich vereinzelt zur Lösung gebracht werden soll, wozu in größerem Umfang die Form der Enquete gewählt wird. Die Anregung und Durchführung solcher Erhebungen geht in großem Umfange vom Parlament aus, welches zu diesem Zwecke Komitees einsetzt, denen in Gemäßheit der englischen Verfassung wichtige Verwaltungsbefugnisse zustehen. Auf dem Kontinent hat dieser Typus keine Nachahmung gefunden.

III.

Während in den Vereinigten Staaten und in England die auf eine gründliche Arbeitsstatistik gerichteten Wünsche der Arbeiter und Sozialreformer von den Vertretungskörpern aufgegriffen und in ersterem Lande durch gesetzliche Schöpfung eines neuen Instituts, in letzterem auf administrativem Wege durch Errichtung einer Ministerialabteilung erfüllt worden waren, wurde in der Schweiz die Ausführung den nächsten Interessenten, den Arbeitern, überlassen. Für kontinentale Verhältnisse ist die Entwicklung, wie sie in der Schweiz vor sich ging, besonders interessant, weil wir auf dem ganzen Kontinent überall ziemlich die gleichen Produktionsbedingungen, die gleichen wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt wiederfinden; dagegen hat die rapide ökonomische Entwicklung in Nord-Amerika, die eigenartige in England, Verhältnisse gezeitigt, die den unseren nicht mehr so ähnlich sind.

Von früheren Enqueten der Schweiz sind beachtenswert:

1. die eidgenössische Aufnahme von 1868/9, über die der besondere Bericht der eidgenössischen statistischen Bureaus vom 15. Juli 1869 vorliegt (Kinderarbeit in Fabriken).

2. die Thurgauer Aufnahme von 1866 (eingehende Fabrikstatistik).

3. die beiden Berichte über die 1. und 2. Fabrikinspektion an Landammann und Rath von Glarus 1865 und 1869.

Die demokratischen Einrichtungen der Schweiz, die Besetzung der höchsten Verwaltungsämter durch Wahl, welche keine Gewähr dafür bietet, daß immer Fachleute an die Spitze der einzelnen Departements kommen, der häufige Leitungswechsel, der eine länger andauernde gründliche Pflege und damit vollkommene Beherrschung der übertragenen Aufgaben unmöglich macht, die kantonalen Verschiedenheiten der Wirtschaftsverhältnisse, auf welche ein Zentralamt nicht in genügender Weise Rücksicht nehmen kann, endlich der Umstand, daß die wirtschaftliche Gesetzgebung zum Teil den einzelnen Kantonen zusteht, nötigten dazu, der freien wirtschaftlichen Interessenvertretung einen größeren Spielraum zu lassen, sie, wenn es notwendig wurde, zu staatlichen Zwecken heranzuziehen und ihr als Entgelt, wo ihre Mittel zur Erreichung ihrer Zwecke nicht ausreichten, mit staatlichen Mitteln zu Hilfe zu kommen. Es haben sich daher in der Schweiz für die einzelnen Wirtschaftszweige große zentralisierte Verbände gebildet, deren Sekretariate der Staat unterstützt, aber auch zur Erfüllung mancher Aufgaben anhält, welche in anderen Staaten von den Behörden durchgeführt werden. Den Arbeitern hatte bisher eine solche Vertretung gefehlt; verschiedene Versuche, sich in einem großen Verbands zu organisieren, waren mißlungen, ihrem mehrfach, u. a. auch vom allgemeinen schweizerischen Arbeitertag in Zürich 1883 ausgesprochenen Wunsche, in Bern ein eidgenössisches Bureau für Arbeitsstatistik nach amerikanischem Muster zu gründen, war nicht entsprochen worden. Da entschloß sich der größte schweizerische Verein zur Vertretung der Arbeiter-Interessen zu einem entscheidenden Schritt: mit Schreiben vom 28. August 1886 suchte das Zentralkomitee des Grütlivereins bei dem eidgenössischen Handels- und Landwirtschafts-Departement um Subventionierung eines zu gründenden Arbeitersekretariates an, welches dem Grütliverein als rein nationalem Verbands zugeteilt werden, jedoch weder für die Vereinsverwaltung, noch für politische Arbeiten, „sondern lediglich zum Studium und zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft“ benutzt, und demgemäß auch einer besonderen, po-

litischen Parteizwecken fernstehenden Aufsicht unterstellt werden sollte. Das Departement verhielt sich diesem Gesuche gegenüber entgegenkommend; doch sprach man sich mehr für ein allgemeines Arbeitersekretariat aus, als für einen bloßen Appendix des allerdings ca. 14 000 Mitglieder zählenden Grütlivereins. Die Budgetkommission des Ständerates empfahl denn auch die Petition zur Annahme und der Bundesrat selbst, der sich mit dem ganzen Plane einverstanden erklärte, sicherte dem Arbeitersekretariate eine jährliche Unterstützung von 5000 Fr. (die übrigens später auf 10 000 erhöht wurde) aus seinem freien Kredit zu. Nach einigen belanglosen Zwischenfällen kam endlich am Ostersonntag 1887 eine Versammlung in Aarau zustande, auf welcher 22 Zentralverbände und 120 größere oder kleinere Lokalvereine, Gewerkschaften, Krankenkassen aus allen Kantonen mit einer Mitgliederzahl von über 100 000 durch 157 stimmberechtigte und 37 beratende Delegierte vertreten waren. Sie beschloß die Gründung eines neuen Arbeiterbundes (der alte hatte sich 1880 aufgelöst), welcher womöglich alle Arbeitervereine ohne Unterschied der politischen oder der religiösen Richtung vereinigen sollte, und nahm folgende prinzipielle Bestimmungen für den Bund an: „Die schweizerischen Arbeitervereine schließen sich zur gemeinsamen Vertretung ihrer ökonomischen Interessen zu einem schweizerischen Arbeiterbund zusammen und verpflichten sich durch ihre Mitgliedschaft, bei allen Untersuchungen und statistischen Erhebungen über Arbeiterverhältnisse mitzuwirken und Auskunft zu erteilen. Die Bundesorgane sind:

- a. die Delegiertenversammlung (die alle 3 Jahre stattfindet);
- b. der Bundesvorstand (der aus Schweizerbürgern und zwar $\frac{2}{3}$ Arbeitern besteht);
- c. der leitende Ausschuß (Vertretung des Arbeiterbundes nach außen, vollziehende und verwaltende Behörde des Bundes);
- d. der Arbeitersekretär.

Dieser hat sich insbesondere mit Erhebungen über schweizerische Arbeiterverhältnisse und mit sozialen Studien zu beschäftigen und darauf bezügliche Arbeiten und Gutachten zu fertigen. (Reglement vom 11. April 1887: § 2). Er wird auf je 3 Jahre vom Vorstande des Arbeiterbundes gewählt und muß Schweizer-

bürger sein; nach dem Bundestagsbeschuß vom 7. April 1890 in Olten wird er nunmehr von der Delegiertenversammlung gewählt. Er steht auch dem Schweizer Bundesrate zu allen angeordneten Untersuchungen, die Arbeiterfrage betreffend, statistischen Erhebungen, Bearbeitungen, sowie Begutachtungen zur Verfügung (Statuten des Schweizerischen Arbeiterbundes vom 10. April 1887 § 6). Aber da diese Arbeiten immer nur innerhalb des vom Arbeiterbund genehmigten Tätigkeitsbereiches fallen können, so steht der Arbeitersekretär doch in keinem solchen Abhängigkeitsverhältnis zum Bundesrat, daß dieser etwa einen Einfluß auf die wissenschaftliche Auswertung seiner Forschungen haben könnte. Damit sind aber die Funktionen des Arbeitersekretariats noch nicht erschöpft. „Das Arbeitersekretariat hat die Interessen der Arbeiterschaft auf dem ganzen Gebiet der Volkswirtschaft zu wahren und zu fördern; es ist ein Organ, durch das die Arbeiterverhältnisse in jeder Richtung untersucht, die Wünsche und Begehren der Arbeiter, soweit sie wirtschaftlicher Natur sind und sich auf die Gesetzgebung beziehen, gesammelt und je in die Form gebracht werden sollen, die eine Realisierung ermöglicht. Natürlich können hierbei nicht immer die Wünsche Einzelner oder einzelner Arbeitergruppen zur Erfüllung gebracht werden, sondern das Arbeitersekretariat hat nur solche Begehren an die Hand zu nehmen, welche sich auf gemein eidgenössische Gesetzgebung oder Verwaltungsmaßregeln beziehen. Zu warnen ist vor einem Standpunkte, den nach der Meinung Einzelner das Arbeitersekretariat einnehmen sollte, daß es nämlich bei jedem Konfliktfalle gleichsam amtlich als Vertreter des Arbeiters eintrete. Ein solches Auftreten müsse das Sekretariat in durchaus schiefe Stellung bringen; das schweizerische Arbeitersekretariat kann nur die ganze schweizerische Arbeiterschaft vertreten, nicht aber eine einzelne Gruppe. Eine andere Aufgabe aber wird das Arbeitersekretariat nicht von der Hand weisen können: die Auskunftserteilung in wirtschaftlichen Angelegenheiten.“ Das Recht steht ihm danach zu, sich behufs Auskunftserlangung unmittelbar an Behörden, Verbände, Vereine und Private zu wenden. Gleich von seinem Amtsantritt an hat sich Herr Greulich, der 1. Arbeitersekretär, in direkte Beziehung gesetzt zu allen Kan-

tonalregierungen, zu den Sekretariaten des schweizerischen Handels- und Industrievereins, des schweizerischen Gewerbevereins, des landwirtschaftlichen Vereins, zu dem Bundesbureau in Washington u. s. w. In den ersten sechs Monaten seiner beruflichen Thätigkeit haben 14678 Dokumente die Schwelle des Bureaus passiert; die Gesamtzahl der 1889 expeditierten Korrespondenzen und Schriftstücke betrug 33595. Eine wichtige, praktische Bedeutung des Sekretariats beruht darin, daß es die notwendige Ergänzung des neugeschaffenen Instituts der „Allgemeinen Reservekasse“ war; dem Genossenschaftsausschuß, dem leitenden Organ bei Strides, müssen ja zur Beurteilung der Frage, ob eine Arbeits-einstellung in jedem einzelnen Falle gerechtfertigt und zweckentsprechend sei, genaue statistische Voraussetzungen über die Lohnhöhe, die Lebenspreise, die Geschäftsgewinne der Unternehmer u. zur Verfügung stehen. Nach seiner ganzen Natur und Zusammensetzung aber ist der Genossenschaftsausschuß selbst nur wenig zur selbstständigen Beschaffung dieser statistischen Unterlagen befähigt. Ebenso fehlt in den meisten Verbänden, aus denen sich die Genossenschaft zusammensetzt, die Fachkenntnis für die Beschaffung derartigen Materials. Daher bedurfte der Genossenschaftsausschuß zur Prüfung der bei den Ausständen in Betracht kommenden Vorfragen der Beihilfe eines sowohl demokratisch organisierten, wie fachverständigen Institutes, wie es das Arbeitersekretariat darstellt. 1888 wurde ihm noch ein ständiger Hilfsarbeiter beigegeben, der erste in Gestalt des Professors am Polytechnikum zu Zürich Dr. Kosack. Die Hauptthematika des Sekretariats waren Unfallstatistik und eine Arbeiterenquete, bezüglich des Entwurfes eines schweizerischen Gewerbegesetzes, deren Vorstudien dem hoch entwickelten Institute des Gewerbe-Schiedsgerichtes und Einigungsamtes das Leben schenkten.

Werfen wir einen kurzen Rückblick auf das bisher über das schweizerische Arbeitersekretariat Gesagte, so erkennen wir in ihm eine ganz eigenartige Einrichtung, wie sie nur auf dem Boden der Schweiz entstehen konnte und in kein anderes Land übertragbar ist. Wir haben ein Institut, das von Arbeitern errichtet, von ihnen besetzt wurde und abhängig ist, das aber von der Re-

gierung mit den nötigen Mitteln ausgestattet ist und ihren bindenden Aufträgen Folge leisten muß. Dies entspricht einerseits den schweizerischen Gewohnheiten und hat den Vorteil, die Arbeiter daran zu interessieren, ihnen eine Vertrauensstelle zu bieten, der sie wahre Angaben machen, ohne Nachteile oder Indiskretion zu befürchten, die also Arbeiten leisten kann, welche die amtlichen Organe nicht zu leisten vermögen, die aber für die sozialpolitische Gesetzgebung durchaus erforderlich sind. Andererseits ergeben sich aus dieser Stellung wieder mannigfache Übelstände: der mangelhaften Ausstattung des Sekretariats haben wir schon oben gedacht: diese könnte freilich auch bei der heutigen Organisation bis zu einer gewissen Grenze gehoben werden — unmöglich ist dies jedoch mit den fehlenden Vollmachten; der Mangel an dieser hat sich zwar noch nicht sehr fühlbar gemacht, da Behörden, Korporationen und Individuen, Unternehmer und Arbeiter sich dem Sekretariat zur Verfügung stellen: doch zeigt es genügend, daß es nur auf die freiwillige Dienstleistung angewiesen ist und diese kann es vielleicht gerade bei den wichtigsten sozialpolitischen Untersuchungen, bei denen die Klassengegensätze am schärfsten hervortreten, im Stiche lassen. Bedenken wir außerdem, daß bei der objektiven Berichterstattung das Arbeitersekretariat doch leicht durch seine sonstige Thätigkeit zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft, das Vertrauen in seine Unparteilichkeit bei den Unternehmern sowohl als bei den Behörden, ja sogar bei dem zuständigen Departement, auf dessen jährliche Budgetbewilligung es angewiesen ist, verlieren könnte, so sehen wir uns zu der Behauptung berechtigt, es werde eine regelrechte, umfassende Arbeitsstatistik in der Schweiz erst dann gesichert sein, wenn das Arbeitsamt von Staatswegen in ein reichlich ausgestattetes, mit allen Vollmachten versehenes unabhängiges Arbeitsamt erweitert und umgestaltet ist. Immerhin hat das schweizerische Arbeitersekretariat insofern typische Bedeutung, als es durch sein Bestehen allein und weiter durch die Art seines Arbeitens der gesamten schweizerischen Bevölkerung den Beweis liefert, auf welchem Wege und mit welchen Mitteln die Arbeiter ihre sozialen Reformen durchzuführen gedenken. Es ist sicher einer von denjenigen Tat-

toren, welche dazu mitwirken können, daß die größten sozialpolitischen Wandlungen sich vollziehen, ohne daß durch Blut und Eisen der Kampf zwischen den feindlichen Parteien entschieden wird.

Es erschienen weiter:

1. 1888. Secrétariat ouvrier Suisse, dossier des actes.
2. Jahresbericht des leitenden Ausschusses des schweizerischen Arbeiterbundes und des schweizerischen Arbeitersekretariats für 1887.
3. Ebenso für 1888.
4. „ „ 1889 mit den „Arbeiterchutzeinrichtungen des Gemeinderats“ zu Paris.
5. Ebenso 1890/91.
6. Ebenso 1892 mit Berichten über den Arbeitertag zu Biel 1893.
7. „Monographie“ Volksinitiative und unentgeltliche Krankenpflege.
8. Jahresbericht des leitenden Ausschusses des schweizerischen Arbeiterbundes und des schweizerischen Arbeitersekretariats für 1893. Enquete über die Stellungnahme der Arbeiterschaft zur Bundesgesetzgebung, betr. Kranken- und Unfallversicherung.
9. Ebenso 1894 mit: Lohnbewegungen und Streiks in der Schweiz, seit 1860.
10. Ebenso 1895 mit: Lohnbewegungen und Streiks im Jahr 1895.

IV.

Was bis vor wenig Jahren auf dem Gebiete der Sozialstatistik in Frankreich geleistet war, war herzlich wenig und schlecht. Man hat sich dort im wesentlichen darauf beschränkt, durch Zirkulärerlaß von obenher bestimmte Fragen an Körperschaften zu richten, in denen der Stand der Unternehmer allein oder vorzüglich vertreten war. Dergleichen Fragen ergingen

1837 an die chambres de commerce, die chambres consultatives des arts et manufactures, die conseils de prud'hommes;

1867 an dieselben und daneben die conseils généraux; der Methode entsprechend fielen die Resultate sehr wenig befriedigend aus.

Im Januar 1891 nun hat Frankreich einen obersten Arbeitsrat erhalten, welcher aus 50 Mitgliedern besteht, die den Mitgliedern der Deputiertenkammer, den Industriellen, den Arbeitern, den Mitgliedern der Syndikatskammern der Unternehmer, der Arbeiterassoziationen, der korporativen Gruppen, der gewerblichen Schiedsgerichte entnommen, überhaupt unter in ökonomischen und sozialen Fragen praktischen oder theoretischen Kapazitäten ausgewählt werden. Da aber, entgegen dem ursprünglichen Plane, die Majorität nicht den Vertretern der Arbeiter gesichert war, war die Aufnahme auf deren Seite keine günstige. Kaum $\frac{1}{3}$ der Conseilmitglieder besteht aus Arbeitern; deshalb erhob der Oberste Rat bereits in seiner ersten Sitzung einstimmig die Forderung der sofortigen Errichtung eines Arbeitsamtes mit der Aufgabe, alle Ermittlungen über die Verhältnisse der Arbeiter in dem weitesten Sinne des Wortes, zu sammeln und zu veröffentlichen. Derselbe Wunsch war auch zu verschiedenen Malen im Parlamente laut geworden, das einen Ausschuß mit der Prüfung eines Arbeitsamtsentwurfes betraute. In der Sitzung vom 4. Juli 1891 referierte der Deputierte Maréjoul über das Thema und besprach in der Einleitung die bereits vorhandenen ähnlichen Institutionen in Nordamerika, England und der Schweiz, worauf er zur Beantwortung dreier Fragen überging: Rentiert sich für Frankreich die Gründung eines Arbeitsamtes? Welches wird die Natur der ihm zukommenden Arbeiten sein? Wie seine Organisation und Funktion? Der Mangel an statistischem Material giebt die Antwort auf die erste, das Vorbild Amerikas auf die zweite Frage: das Arbeitsamt hat die Aufgabe, alle auf die Arbeit bezüglichen Dokumente und Informationen in ihrer Beziehung zum Kapital, Stundenzahl, Lohn, Geschlecht und Alter zu sammeln und nutzbar zu machen. Die 3. Frage endlich beantwortet der Berichterstatter dahin, daß er einmal zur Unterhaltung von steten Beziehungen mit den einzelnen Ressortministerien, Landes- und Lokalbehörden, Korporationen, Handelskammern u. s. w. rät, sodann aber die Schaffung dauernder und zeitweiliger Beamtenstellen befürwortet. Dem Antrag entsprechend brachten die Minister des Handels und der Finanzen in der Sitzung vom 13. Juni 1891 eine Vorlage ein, die zum

Gesetz erhoben wurde. Die geplante Statistik der Arbeit soll, so sagen die Motive, alles umfassen, was Bezug hat auf den Stand und die Entwicklung der Produktion, die Organisation und den Lohn der Arbeit, ihre Beziehungen zum Kapital, auf die wirtschaftliche, moralische und soziale Lage der Arbeiter, die Arbeitsverhältnisse Frankreichs in ihrer Vergleichung mit jenen des Auslandes. Auf diese Weise wird das Arbeitsamt soweit als möglich festzustellen haben die Ursachen des schnelleren und langsameren Fortschreitens der Produktion in den verschiedenen Gewerbebezügen, die Wirkungen der Vereinigung und der Zerstreuung des Kapitals, die Erfolge der Unternehmer- und Arbeitsverbindungen, die Gründe und Folgen der wirtschaftlichen Krisen und des Widerstreites zwischen Unternehmern und Angestellten, die Verschiedenheit in Arbeits-Angebot und -Nachfrage, die wirkliche Bewegung der Löhne durch Vergleichung mit den Kosten des Arbeiterlebens, die Entwicklung des Sparassentkredits, der Konsum- und Produktivgenossenschaften u. s. w.; kurz, es soll alles Material vereinen, welches für zweckmäßige Vorbereitung der Reformen unbedingt erforderlich ist und gewissermaßen ein Observatorium der Verhältnisse der Arbeit bilden. Der Gesetzesentwurf betr. die Errichtung eines Arbeitsamtes wurde von der Kammer der Abgeordneten ohne Diskussion einstimmig angenommen; ob allerdings die dem Amte laut Verordnung vom 19. August 1891 gegebene Verfassung diesem gestatten wird, alle Ergebnisse zu erzielen, die man von ihm erwarten darf, wird die Zukunft lehren.

Dem Wortlaut des Gesetzes seien folgende Daten entlehnt.

Art. 1. Es wird im Ministerium des Handels, der Gewerbe und der Kolonien ein Arbeitsamt errichtet, welches die Aufgabe hat, sämtliche auf die Arbeitsstatistik bezügliche Daten zu sammeln, zu ordnen und zu veröffentlichen.

Art. 3. Dem Ministerium des Handels, der Gewerbe und der Kolonien wird für das Rechnungsjahr 1891 die Summe von Fr. 48 000 überlassen zur Deckung der Kosten der Errichtung und der Ausgaben des Arbeitsamtes im letzten Vierteljahr laufenden Jahres.

Dem Ausführungsgesetz vom 19. August 1891 sei Folgendes entnommen:

Art. 1. Das Arbeitsamt hat die Aufgabe, sämtliche Ausweise über die Arbeit, insbesondere über den Stand und die Entwicklung der Produktion, die Organisation, die Löhnung der Arbeit, ihr Verhältnis zum Kapital, die Lage der Arbeiter, den Zustand der Arbeit in Frankreich verglichen mit dem Ausland innerhalb der durch die gegenwärtige Ordnung bestimmten Grenzen und Bedingungen zu sammeln, zu ordnen und zu veröffentlichen und alle in dieses Gebiet einschlagenden Arbeiten, welche der Minister für Handel, Gewerbe und Kolonien von ihm verlangen sollte, zu bewirken.

Art. 2. Das Arbeitsamt bildet im Ministerium für Handel, Gewerbe und die Kolonien eine besondere Behörde, welche direkt unter dem Minister steht. Es wird eingeteilt in die Zentralstelle und den Außendienst.

Art. 7. Die Zentralstelle sammelt, sowohl durch schriftlichen Verkehr mit Zweigen der Staatsregierung, mit Beamten, mit Körperschaften oder Privatpersonen, als durch Ermittlungen in französischen und ausländischen Veröffentlichungen die für die Arbeiten des Amtes verwertbaren Auskünfte. Sie stellt diese mit jenen zusammen, welche ihr von dem Außendienst geliefert werden und benutzt dies alles zur Abfassung der für die Öffentlichkeit oder für den Minister bestimmten Schriftstücke.

Art. 9. Die von dem Arbeitsamt gesammelten und bearbeiteten Ermittlungen dienen einer unter dem Titel Bulletin de l'office du travail erscheinenden periodischen Veröffentlichung als Stoff. Auch können sie besondere Veröffentlichungen über bestimmte Fragen veranlassen.

Der Bestand und die Besoldung des Personals des Arbeitsamtes sind folgendermaßen festgesetzt:

1 Dirigent mit einer Besoldung von 12 000—18 000 Fr.

Personal der Zentralstelle:

2 Abteilungsvorstände	6 000—9 000 Fr.
2 Vorstände der Unterabteilungen	3 500—5 500 "
1 Aktuar	4 000—7 000 "
2 Redakteure	2 000—4 000 "
1 Archivar	2 200—4 000 "

3 Expedienten	1 800—3 600 „
3 Bureaudiener	1 200—1 600 „
Personal des Außendienstes:	
3 dauernd angestellte Delegierte .	4 000—7 000 „

V.

v. Schönberg war der Erste in Deutschland, welcher das Wort „Arbeitsämter“ in die Diskussion einführte. Was dieser hervorragende Sozialpolitiker erstrebte, ging indessen nach ganz anderer Richtung als spätere Projekte. In seiner Broschüre befürwortet er keine Organisation der Arbeiter, sondern eine Institution besonderer ständiger Reichsbeamter, etwa nach Art der später eingeführten Fabrikinspektoren bzw. Gewerberäte. Nur sollte ihre Kompetenz eine etwas weiterreichende sein; auch wurden die Amtsmänner als Vorsitzende der überall obligatorisch einzuführenden gewerblichen Schiedsgerichte nach dem Muster der Mundellsachen Arbeitskammern in England gedacht. Auch bei Gelegenheit der Eisenacher Verhandlungen sprach sich Schönberg in gedachter Weise aus. Ihm ist die Lösung der sozialen Frage die richtige Anwendung der zweckentsprechenden Mittel auf die konkreten Verhältnisse. Die Erfüllung dieser Aufgabe, welche ebenso der Staatsidee wie der Staatsklugheit entspricht, erfordert besondere und ständige Reichsorgane, die Einrichtung besonderer, ständiger Reichsämter. Wir müssen, so führt er aus, vom Reiche kategorisch fordern, daß es erfülle, was die Staatsverwaltungen bisher noch nicht gethan haben, daß es dem deutschen Volke endlich sage, welches die Lage seiner Lohnarbeiter ist. Die allgemeinen statistischen Bureaus mit ihren Sizen an den Zentralpunkten der Staatsverwaltungen reichen schon ihrer Organisation nach zu diesem Zwecke nicht aus. Das Reich muß zu diesem Zwecke in bestimmte Bezirke geteilt und in jedem ein besonderes Amt als Organ des Reiches in der sozialen Frage eingerichtet werden. Ein Arbeitsamt nicht in dem Sinne, daß es den Arbeitern Arbeit verschaffe, sondern ein Amt zur Erfüllung der Pflichten, die dem Reich als solchem der Arbeit gegenüber, der Lohnarbeit wie der Unternehmerarbeit gegenüber, obliegen. Nimmt man den Bezirk mit dem Arbeitsamt für eine

Bevölkerung von ca. 250 000 Seelen und den Oberbezirk mit einem Oberamt als 8 Bezirke umfassend, so würde man bei der (damaligen) Gesamtbevölkerung von ca. 40 Millionen Seelen 160 Arbeitsämter und 20 Oberämter, außerdem das Centralamt als Abteilung des Reichskanzleramtes zu organisieren haben. Die Funktionen des Arbeiteramtes, dessen Personal aus 1 Dirigenten (Amtmann), 2 Sekretären und den nötigen Schreibern bestehen müßte, würden folgende sein:

1. Die genaue Feststellung aller auf die materielle und soziale Lage der Lohnarbeiter des Bezirkes bezüglichen Verhältnisse.
2. Das Arbeitsamt muß alle Veränderungen dieser Verhältnisse im Laufe der Zeit beobachten, aufzeichnen und die Ursachen der Veränderungen aufklären.
3. Ergebnis sicheren Materials.
4. Statistik der Konsumtion der arbeitenden Klassen, Statistik der Produktions- und Absatzverhältnisse der einzelnen Unternehmungen.
5. Anregung der Selbst- und der Gesellschaftshilfe.
6. Überwachung der Ausführung der Arbeiterschutzgesetze.

Die Staatshilfe in der Form von Arbeitsämtern ist nach Schönberg für heute zugleich die absolute Sistierung jeder erheblichen Gesetzgebung und eingreifenden Verwaltung auf dem Gebiet der sozialen Frage. Denkt man über den Vorschlag tiefer nach, so erscheinen die Arbeitsämter nur als die zweckmäßige Anwendung englischer Verhältnisse und Erfahrungen auf die eigentümlichen Verhältnisse Deutschlands.

Für die Staatskunst der Gegenwart und der nächsten Zukunft wird es im Bereiche der Sozialpolitik wenige so wichtige, in ihrer möglichen Wirkung so entscheidende Bestrebungen geben, wie es die geplant gewesene repräsentative und exekutive Demokratisierung der Organe des Arbeiterschutzes ist in der Gestaltung des Antrages der sozialdemokratischen Fraktion 1885 und 1890 (Muer und Genossen). Der Antrag enthielt etwas sehr Wichtiges: den Wink zu besserer Schutzorganisation, und er enthielt etwas sehr Wichtiges: den groß angelegten Plan zur Hinüberbugisierung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaftsordnung. Der

betreffende Teil des ganzen Gesetzesentwurfes sollte den Titel IV der Gewerbeordnung ersetzen und führte die Überschrift „Reichsarbeitsamt, Arbeitsämter, Arbeitskammern und Schiedsgerichte“ — ins Leben getreten ist er nie.

VI.

Ein Vierteljahrhundert ist verflossen seit dem ersten parlamentarischen Versuch zur Organisation einer systematischen Erforschung der sozialen Zustände Deutschlands. Im Jahre 1868 war im Reichstag des norddeutschen Bundes von sozialdemokratischer Seite ein Antrag auf Schaffung von parlamentarischen Untersuchungskommissionen eingebracht worden, welche vornehmlich nach den in England bestehenden Mustern die Lage der arbeitenden Klassen untersuchen und der sozialen Reform als Wegweiser vorangehen sollten. Hatte der Antrag damals auch im Prinzip fast aller Parteien Billigung gefunden, so gelangte er trotzdem nicht zur Annahme, weil man mit Rücksicht auf den kurzen Bestand des norddeutschen Bundes eine Aenderung derselben im Interesse ihrer Konsolidierung für verfrüht hielt. Als dann die beiden sozialdemokratischen Anträge von 1885 und 1890 ihr frühes Grab im Aktenchoße gefunden hatten, folgten ziemlich gleichzeitig seitens der sozialdemokratischen Fraktion und des Abgeordneten Siegle zwei in der Tendenz verwandte Anträge auf einander. Die erstere brachte am 18. Mai 1890 den Entwurf eines Gesetzes betr. die Einsetzung von Reichstagskommissionen zur Untersuchung von Thatfachen ein, der letztere am 21. Mai einen Antrag betr. Aufnahmen über die Lage der arbeitenden Klasse.

1. Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zur Schaffung eines Gesetzes betr. parlamentarische Enqueten:

„Der Reichstag hat das Recht, behufs seiner Information Kommissionen zur Untersuchung von Thatfachen zu ernennen. Diese Kommissionen sind berechtigt Zeugen und Sachverständige — auch eidlich — zu vernehmen und überhaupt alle diejenigen Erhebungen zu veranstalten, die sie zur Klarstellung der Thatfachen für nötig erachten. Die Behörden sind gehalten, obdienen Kommissionen bei Ausübung ihrer Amtspflicht innerhalb der

Grenzen ihrer Aufgaben die geforderte Unterstützung zu gewähren. Die Mitglieder dieser Kommission erhalten für ihre Zeitversäumnisse und Auslagen Entschädigung, deren Höhe reichsgesetzlich festgestellt wird.“

2. Antrag Siegle:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen, statistische Aufnahmen über die Lage der arbeitenden Klassen, insbesondere über Arbeitszeit, die Lehrverhältnisse, Kosten der Lebenshaltung der Arbeiter in den verschiedenen Berufsgruppen vornehmen zu lassen.“

Der sozialdemokratische Gesetzentwurf gelangte nicht zur Verabschiedung: er kam in der Reichstagsitzung vom 9. Dezember 1891 zur ersten Lesung und fand in der Diskussion auf allen Seiten — mit Ausnahme der Regierung, die sich passiv verhielt — beifällige Aufnahme und in der Abstimmung die Majorität; allein der Schluß des Reichstages verhinderte die weiteren Lesungen. Dagegen erfolgte die Annahme des Antrages Siegle in der Reichstagsitzung vom 20. Januar 1892, seine Ausführung in der Errichtung einer Kommission für Arbeiterstatistik, welche vom Bundesrat geschaffen wurde und in welcher wir nun das Ergebnis all der Anstrengungen zu erblicken haben, welche die politischen Parteien, der Reichstag und insbesondere die arbeitende Klasse seit Jahr und Tag im Verein und in unablässigem Bemühen um die Erlangung einer Sozialstatistik aufgewendet haben. In dem am 24. März an den Reichstag gelangten Regulativ für die Errichtung einer Kommission für Arbeiterstatistik wird die Aufgabe der letzteren dahin bestimmt, daß die Kommission auf die Anordnung des Bundesrats oder des Reichskanzlers die Vornahme statistischer Erhebungen, ihre Durchführung und Verarbeitung, sowie ihre Ergebnisse zu begutachten habe und andererseits dem Reichskanzler Vorschläge für die Vornahme oder Durchführung solcher Erhebungen machen könne. Es handelt sich hierbei um Erhebungen, welche bei der Vorbereitung und Ausführung der die Verhältnisse der gewerblichen Arbeiter (Titel VII der G.-D.) betreffenden Gesetzgebung erforderlich werden. Die Kommission besteht aus 13 Mitgliedern, von diesen werden 2

(der Vorsitzende und ein zum Mitglied designierter Beamter des Kaiserlich Statistischen Amtes) vom Reichskanzler, 5 vom Bundesrat und 6 vom Reichstag gewählt. Die Kommission tritt zusammen, wenn der Reichskanzler die Einberufung anordnet oder die Genehmigung dazu erteilt. Die Kommission ist befugt, Unternehmer und Arbeiter in gleicher Zahl mit beratender Stimme zu ihren Sitzungen zuzuziehen und kann auch Auskunftspersonen vernehmen. Zur Zuziehung von Unternehmern und Arbeitern ist sie verpflichtet, wenn der Bundesrat oder der Reichskanzler dies anordnen. Die Einberufung der zu den Sitzungen einzuladenden Unternehmer, Arbeiter und Auskunftspersonen ist dem Vorsitzenden vorbehalten.

Die erste Wahl zu der Kommission wurde am 31. März 1892 vorgenommen; es wurden damals gewählt die Abgeordneten Biehl (Zentrum), Dr. Hartmann (konservativ), Dr. Hirsch (freisinnig), Hise (Zentrum), Schippel (Sozialist) und Siegle (nat-lib.) An Stelle des aus der Kommission ausgeschiedenen Abg. Schippel wurde am 13. Dezember 1892 der Abg. Wolfenbuhl (Sozialist) gewählt; die Neuwahl für diese Legislaturperiode ist angeordnet. Die übrigen Mitglieder waren Dr. v. Rottenburg, Unterstaatssekretär Lohmann, der bayrische Oberregierungsrat Rosp, der sächsische Regierungsrat v. Morgenstern, der württembergische Oberregierungsrat v. Schicker, der badische Oberregierungsrat Woerishoffer, der preussische Geheimrat v. Scheel. Die Kommission hat mit schriftlichen Erhebungen nach der Stichprobenmethode begonnen; es liegen von ihr vor:

1. Erhebung über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien. Sept. 1892.

2. Erhebung über Arbeitszeit, Kündigungsfristen und Lehrlingsverhältnisse im Handelsgewerbe. Sept.-Okt. 1892.

3. Erhebung über die Handlungsgehilfen Juni-Juli 1893.

Der der Kommission ausgesetzte Etat beziffert sich auf Mk. 39 000.—; sie setzt sich z. Bt. aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Vorsitzende: Unterstaatssekretär Lohmann; Direktor v. Woedtke. Mitglieder: Geheimer Oberregierungsrat Dr. v. Scheel; bayrischer Ministerialdirektor Ritter v. Herrmann; sächsischer Oberregierungsrat

v. Morgenstern; württembergischer Regierungsdirektor v. Schider; badischer Oberregierungsrat Dr. Woerishoffer; hessischer Kreisrat Dr. Freiherr v. Gemmingen-Hornberg; Professor Dr. Hize; Schneidermeister Jacobsfötter; Apellationsgerichts-Rat Letoche; sächsischer Geheimer Bergrat Merbach; Zigarrenarbeiter Mollenbuhr-Ottensen; Fabrikbesitzer Schmidt; württembergischer Geheimer Kommerzienrat Siegle.

* * *

Ungelöst noch zur lebensvollen Klarheit steht das Problem da, dessen Geschichte wir auf diesen Blättern kurz verfolgten. Vor allem andern, das Resultat können wir festhalten, handelt es sich heute darum, die betreffenden wichtigen Volksschichten zur Selbsterkenntnis und Selbstverwaltung ihrer Sache zu erziehen. Andernfalls bleiben alle diese Versuche vergebens, wenn sie nicht gar gegen die Absicht ihrer Urheber umschlagen.

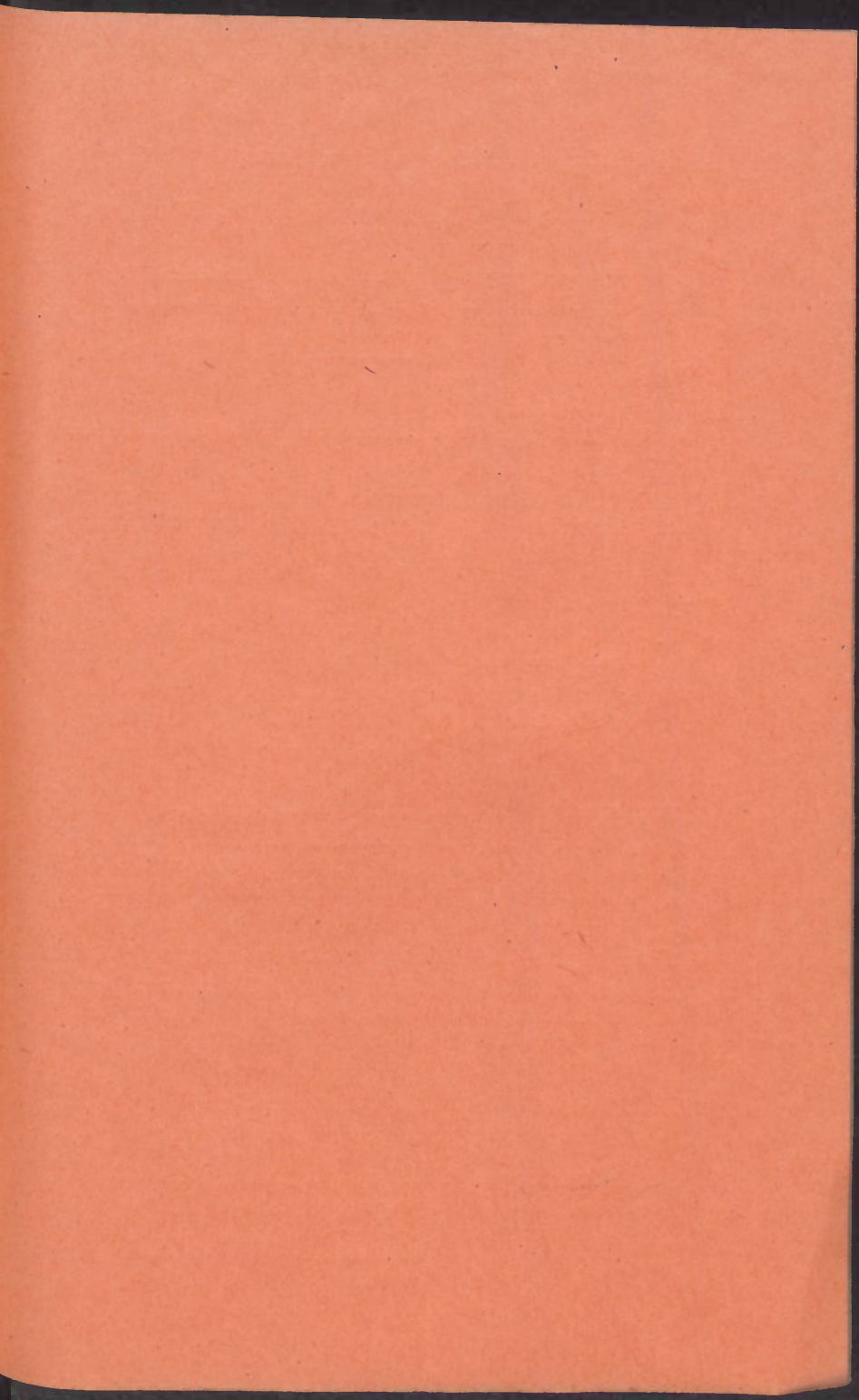
Eine Erziehung aber in solcher Richtung erfordert neben anderen integrierenden Momenten auch Zeit und kann nicht von heute auf morgen erzielt werden, so wichtig und dringend die Aufgabe an sich auch sein mag. Und das ist sie! Der gemeinverständliche Unterricht der Massen in den Elementen der politischen und der ökonomischen Wissenschaften ist die wichtigste erziehlische Aufgabe der Gegenwart. Das Arbeitsamt soll die Erreichung dieses großen Zieles durch zuverlässige Untersuchung aller jener Verhältnisse, deren thatsächlichen Zustand zu kennen von Wichtigkeit ist, durch Ergründung der Ursachen, aus denen die bestehenden traurigen Verhältnisse hervorgehen, und durch die rückhaltlose Darstellung der Resultate ihrer Forschung fördern und fördern. Der Versuch, derartige Arbeiten niedrigen Zwecken dienlich zu machen, ist ein Verbrechen, welches allerdings durch das positive Gesetz nicht leicht bestraft werden kann, wohl aber durch ein ungeschriebenes, welches den Übelthäter mit einem Urtheil trifft, welches mehr vernichtet denn ein richterliches: mit dem Wahrpruch der öffentlichen Meinung, welcher über denjenigen ergeht, der die Sache der Menschheit schändet.

Doch keineswegs ist dieser Erziehungsversuch bis zur Stunde ganz vergeblich gewesen, wenn er auch nur ein Baustein, nicht das fertige Gebäude ist. Das überzeugende Bewußtsein von der Notwendigkeit ist entschieden vorhanden; ob das Problem jemals in annähernd befriedigender Weise gelöst werden wird, ist und bleibt eine offene Frage. Aber jedenfalls buchstabieren wir noch zur Zeit das ABC der sozialen und wirtschaftlichen Faktoren, auf deren langsam reformatorische Umgestaltung es hierbei ankommt. Das Maß jeder Kultur mißt sich daran, über welche Dissonanzen sie Herr wird. Dazu wird eine maßvolle Reform der Sozialgesetzgebung nötig sein, und daß wir sie bekommen, daß wir sie in vollendeterer Weise bekommen als jedes andere Volk, dafür ist mir zweierlei Bürge, der deutsche Idealismus und der festgefügte Staatsbau der Hohenzollern, wie er in der Hauptsache auf das Reich übergegangen ist. Mancher wird vielleicht den aufgestellten Mahnungen mit der Forderung begegnen, man dürfe nicht zu viel auf einmal wollen, wenn man mehr als wollen will. Insbesondere wird man sich auch skeptisch gegenüber der großen Zahl von Organisationen verhalten, die neu ins Leben treten sollen. Indessen nicht nur im Reiche der Natur, sondern auch im sozialen Leben gilt das Gesetz der Überproduktion der Reime. Unserer Zeit ist die schwere Mission zugefallen, eine neue wirtschaftliche und soziale Organisation zu schaffen. Sie wird sich dieser Aufgabe kaum anders entledigen können, als daß dort, wo besondere Bedürfnisse vorliegen, auch besondere Organisationen zu deren Befriedigung ins Leben zu rufen sind. Ob diese sich alle lebensfähig und zur Lösung der ihnen zugeordneten Aufgaben geeignet erweisen werden, muß vorerst dahingestellt bleiben. Geschaffen aber müssen sie werden, sonst können sie nicht den Kampf ums Dasein kämpfen, der alle ihre Lebenskraft entwickeln wird. Je früher und umfassender dieser Aufgabe genügt wird, desto eher darf man hoffen, noch die Zeit des „survival of the fittest“ zu erleben und so einen Blick ins Reich der Zukunft zu gewinnen. Wenn aber gerade jetzt die Aufgaben unverhältnismäßig angeschwollen sind, so ist die Ursache doch nur in den großen Versäumnissen zu suchen, die auf dem Gebiete der Arbeiterschutzgesetzgebung in den

letzten Jahrzehnten begangen worden sind. Verspätungen aber können nur durch entsprechende Beschleunigungen ausgeglichen werden. Daß aber unsere Verspätungen eingeholt werden sollen, dafür besitzen wir zum Glück mehr als eine wertvolle Bürgschaft. Auch finanzielle Bedenken dürfen hier nicht hindernd in den Weg treten. Ein Volk, das stets bereit ist, zum Schutz gegen äußere Feinde jedes Opfer zu ertragen, wird nicht zögern wollen, wenn es endlich gilt, gegen den noch viel gefährlicheren Feind im Innern, gegen das Elend breiter Massen von Volksgenossen und die daraus hervorragende Unzufriedenheit den Kampf mutig aufzunehmen. Wird in diesem Kampfe dieselbe Energie und Opferwilligkeit entfaltet, welche der Ausbildung der deutschen Streitkräfte zugewendet zu werden pflegt, dann wird auch hier Deutschlands Fahnen der Sieg begleiten, als dessen Preis uns die Annäherung an das ideale Ziel der menschheitlichen Entwicklung winkt. Nicht im Wege der Revolution soll die soziale Frage, dem einen eine Furiengestalt, dem andern die Panazee, gelöst werden, sondern im Wege friedlicher Reform, sachlich gemeinsamen Handelns. Der ist ein besserer Freund von Kaiser und Reich, der versucht, schrittweise im Wege der Reform das Gemeininteresse zu fördern, als der, welcher die ganze Sache so hinstellt, daß zuletzt nur die rohe Gewalt und die Brandfackel des Bürgerkrieges über Sein und Nichtsein entscheidet. Gerade für des Lebens Hochwogen, im Vollgetriebe seiner Elemente gelten die Dichterworte:

„Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,
Der täglich sie erobern muß.“





Von dem gleichen Verfasser sind erschienen:

„**Compensatio culpa**“. Inauguraldissertation. Würzburg, Becker's Universitäts-Buchdruckerei. 1896.

„**Ipso iure compensatur**“. Civilrechtliche Studie als Versuch endgültiger Lösung der ipso-iure-Frage. Frankfurt a. M., Joseph Baer & Co. 1897.

Im Verlage von Gebrüder Sauer in Frankfurt a. M. sind erschienen:

Frankfurter Arbeiterbudgets. Haushaltsrechnungen eines Arbeiters einer kgl. Staats-Eisenbahnwerkstätte, eines Arbeiters einer chemischen Fabrik und eines Aushilfsarbeiters. Veröffentlicht und erläutert von Mitgliedern der volkswirtschaftlichen Section des Freien Deutschen Hochstifts. Bevormortet im Auftrage der Section von Stadtrat Dr. A. Fleisch. Preis M. 2.—.

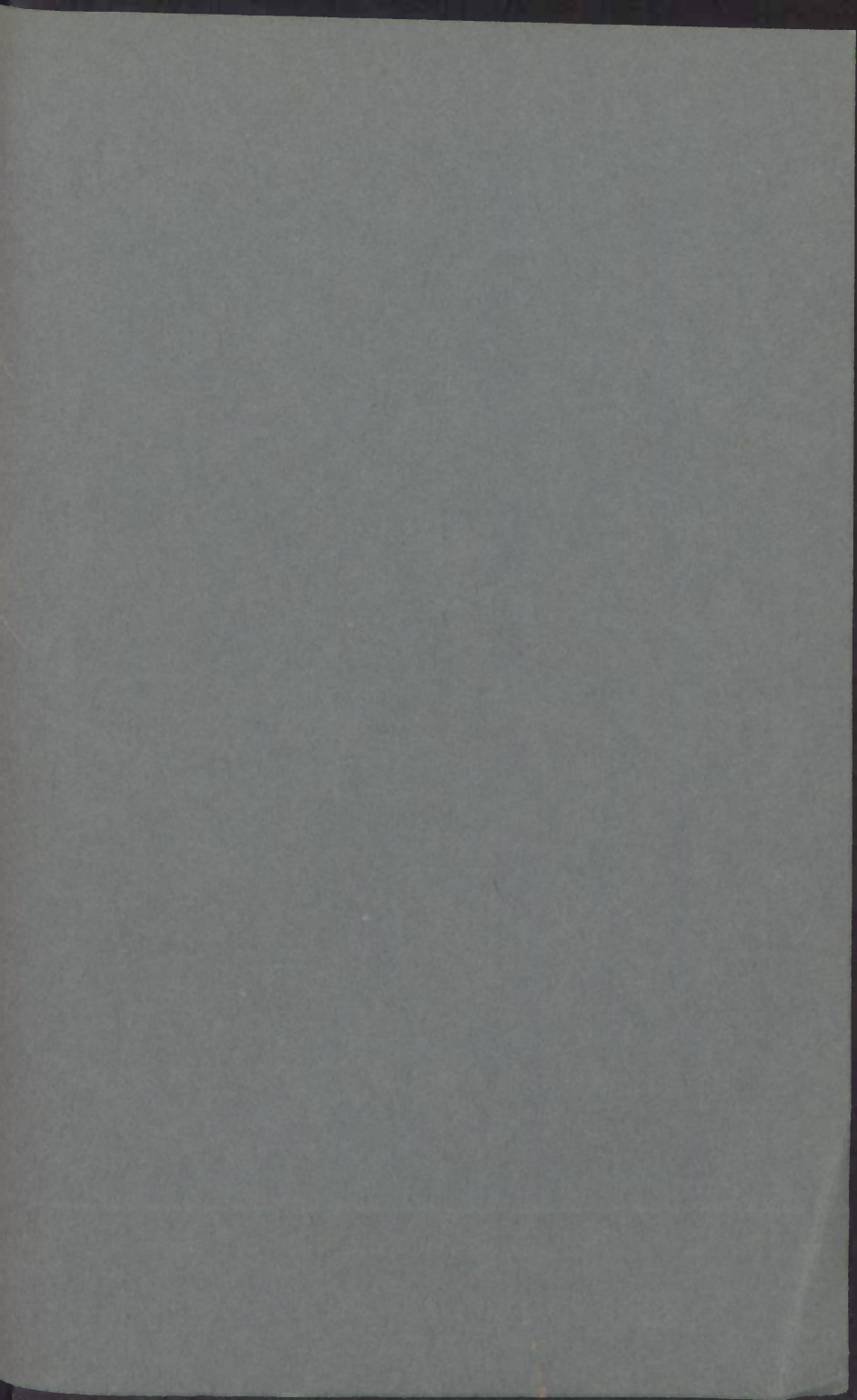
Wie nähert sich der Arbeiter? Eine kritische Betrachtung der Lebensweise der Arbeiterfamilien auf Grund der Ausgaben der Broschüre der volkswirtschaftlichen Section des Freien Deutschen Hochstifts: „Frankfurter Arbeiterbudgets“. Von Otto Nade mann. 2. Aufl. Preis 75 Pf.

Zur Lage der Arbeiter im Schneider- und Schuhmacher-gewerbe in Frankfurt a. M. Veröffentlicht von Mitgliedern der volkswirtschaftlichen Section, herausgegeben von Dr. Philipp Stein, eingeleitet namens der Section von Stadtrat Dr. Fleisch. Preis M. 1.50.

Beiträge zur Kenntnis des Armenwesens in Frankfurt a. M. von Stadtrat Dr. Fleisch, stellvert. Vorsitzender des Armenamtes, und zur **Armenstatistik** von Dr. Bleicher, Vorsteher des statistischen Amtes, nebst einem Verzeichnis der daselbst bestehenden Armenstiftungen. Preis M. 3.—.

Die Arbeitslosigkeit und ein neuer Vorschlag zu ihrer Bekämpfung. Von A. Hoffmann. Preis 35 Pf.

Zur Frauenfrage. Von Moriz A. Loeb. Preis 40 Pf.





206\$0796482X